

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Seeleib-Kaiser, Martin

Working Paper

Ende oder Neubeginn der Sozialdemokratie

ZeS-Arbeitspapier, No. 16/2001

Provided in cooperation with:

Universität Bremen

Suggested citation: Seeleib-Kaiser, Martin (2001) : Ende oder Neubeginn der Sozialdemokratie, ZeS-Arbeitspapier, No. 16/2001, <http://hdl.handle.net/10419/41492>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

Gliederung

Einleitung.....	5
Das sozialdemokratische Nachkriegsmodell.....	7
Der schwierige Pfad der programmatischen Erneuerung.....	11
Die niederländische Arbeiterpartei – eine Vorreiterin auf dem Pfad zum ‚Dritten Weg‘?.....	11
Der langsame Wandel bundesdeutscher Sozialdemokraten.....	13
Das schwedische Modell unter Anpassungszwang?.....	13
Von Old Labour zum Third Way?.....	14
Old Labour, New Labour, Neo–Liberalismus oder neue Christdemokraten?.....	15
Die Konzeption christdemokratischer Wirtschafts– und Sozialpolitik.....	17
Die Neue Sozialdemokratie oder die Christdemokratie unter neuem Namen?.....	19
Das Ende der Sozialdemokratie?.....	21
Bibliographie.....	23

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1: Sozialdemokratische Politikziele und Instrumente in der Nachkriegszeit:.....	10
Schaubild 2: Idealtypisches politisches Koordinatensystem in der Wirtschafts– und Sozialpolitik.....	16
Schaubild 3: Christdemokratische Politikinstrumente in der Wirtschafts– und Sozialpolitik..	18

Einleitung

In den 1970er und 1980er Jahren wurde vielfach das Ende der Sozialdemokratie diagnostiziert. Die Mehrheit der Beobachter ging davon aus, daß sich die Sozialdemokratie in einer tiefgreifenden Krise befände. Die 1980er Jahre begannen schließlich mit dem Scheitern des sozialistischen Experiments unter Mitterrand in Frankreich, dem Verweis der bundesdeutschen, dänischen, niederländischen und belgischen Sozialdemokraten in die Opposition und der Konsolidierung der Tory-Herrschaft in Großbritannien. Auf der politisch-programmatischen Ebene lautete zu Beginn der 1990er Jahre die zentrale Frage: *What's Left for the Left?*¹ Von Intellektuellen wurde gefordert, daß die Sozialdemokratie sich *neu* erfinden müsse, um erfolgreich zu sein (Miliband 1994). Nachdem die Sozialdemokraten jedoch seit Ende der 90er Jahre in der Mehrheit der Staaten Westeuropas erneut die Regierung stellen oder an ihr beteiligt sind, änderte sich vielfach die Perspektive: Nun ist nicht mehr vom Ende der Sozialdemokratie die Rede. Vielmehr steht der von den Sozialdemokraten für sich reklamierte ‚Dritte Weg‘ im Mittelpunkt der Debatte.

Ich möchte mich daher mit folgenden Fragen auseinandersetzen: Inwieweit unterscheidet sich die *neue* Sozialdemokratie von der alten? Wie läßt sich die mitunter neue Ausrichtung der Sozialdemokraten charakterisieren? Hat die programmatische Erneuerung der Sozialdemokratischen Parteien, wie teilweise vermutet, zu einer Anpassung an den ‚Neo-Liberalismus‘ geführt? Diesen Fragen werde ich mittels eines intertemporalen und internationalen Vergleichs nachgehen. Schließlich kann nur vor einer historisch und international vergleichenden Folie systematisch beurteilt werden, ob wir gegenwärtig Zeugen eines Endes oder Neubeginns der Sozialdemokratie sind.

Die international vergleichende Sozialpolitikforschung hat die Sozialdemokratie als eine Schlüsselvariable für den Wohlfahrtsstaat identifiziert. Julian Le Grand (1999: 142) etwa schreibt: "The welfare state lies at the core of social democracy." Nachdem die mit dieser Aussage hervorgehobene Parteiendifferenzthese besonders in den *Policy*-Arenen der Wirtschafts- und Sozialpolitik galt, werde ich meine Ausführungen in diesem Beitrag auf diese beiden Politikfelder begrenzen. Bei einer programmatischen Neuorientierung gilt es freilich zu untersuchen, ob dieser Zusammenhang auch heute noch gilt. Hieraus ergibt sich sodann auch der wissenschaftslogische und theoretische Stellenwert dieser Untersuchung. Denn wenn sich die Programmatik der Sozialdemokratie in den letzten Jahren tatsächlich tiefgreifend verändert hat, so kann davon ausgegangen werden, daß sich daraus nachhaltige Folgen für die "reale" Politik und letztendlich für die Parteienforschung ergeben werden.

¹ So auch der Untertitel von Garrett/Lange 1991.

Hinsichtlich der herangezogenen Staaten werde ich mich auf Schweden, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland sowie die Niederlande konzentrieren. Folgende Erwägungen begründen die Auswahl der Länder: (1) Schweden wurde in der Nachkriegsgeschichte häufig als *das* sozialdemokratische Modell schlechthin identifiziert und darf daher selbstverständlich in einer vergleichenden Analyse der Sozialdemokratie nicht fehlen. (2) Nach knapp zwei Jahrzehnten in der Opposition gelang es *Labour*, unter dem Etikett von *New Labour* mit einem erdrutschartigen Wahlsieg 1997 in Großbritannien wieder an die Macht zu kommen und in der Folge die politische Debatte um den *Third Way* unter sozialdemokratischen Parteien zu entfachen. Mitunter kann *Labour* als Motor der Debatte um den Neubeginn der Sozialdemokratie begriffen werden. (3) Die bundesdeutschen Sozialdemokraten wurden in den Medien sowie in Teilen der Wissenschaft in den 1990er Jahren – vielfach bis zum Rücktritt vom Parteivorsitzenden und Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine – als reformunfähig charakterisiert und für die "Blockade" der bundesdeutschen Politik verantwortlich gemacht. (4) Die Niederlande hingegen galten spätestens seit Ende der 90er Jahre für viele Modernisierer als neues Modell für eine erfolgreiche Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, ohne jedoch einen nachhaltigen Einfluß auf die öffentliche Reformdebatte innerhalb der europäischen Sozialdemokratie auszuüben.²

Bei allen Unterschieden der Parteien gilt es insoweit systematisch zu analysieren, ob sich ein neues gemeinsames "sozialdemokratisches" Fundament herauskristallisiert. Meine These lautet, daß die Sozialdemokratie heute weder eine Politik der "alten Sozialdemokratie" betreibt, noch sich dem Neo-Liberalismus angepaßt, sondern vielmehr die Programmatik der Christdemokratie in weiten Teilen übernommen hat.³ Damit knüpfe ich in gewisser Weise an die Argumentation von Kirchheimer (1965) an. Im Vordergrund meiner Analyse stehen allerdings *nicht* die kausalen Gründe für den programmatischen Wandel, sondern vielmehr handelt es sich um eine empirische Analyse des Wandels, d.h. der gegenwärtigen Ideen, Instrumente und Ziele der Sozialdemokratie. Konzeptionell stütze ich mich primär auf eine Untersuchung sozialdemokratischer Programmatik und nicht der "realen" Regierungspolitik bzw. der Staatstätigkeit. Dieses methodische Herangehen ergibt sich daraus, daß zum einen für eine Analyse der spezifischen neuen *Policies* noch nicht genügend Zeit vergangen ist, um eine zuverlässige Bewertung vorzunehmen.⁴ Zum anderen hat die

² Aufgrund der traditionell starken Staatszentriertheit nicht nur seitens der Sozialisten, sondern auch des bürgerlichen Lagers habe ich Frankreich nicht in die Untersuchung einbezogen. Vgl. zum komplexen "Sonderfall Frankreich" Levy (2000) und Clift (2001).

³ Vgl. hierzu auch die Argumentation von Vicenc Navarro zit. in Giddens 2000: 18.

⁴ Nach Sabatier (1993: 120) sollte ein sinnvoller Untersuchungszeitraum von *Policies* ein Jahrzehnt oder mehr betragen.

Parteienforschung gezeigt, daß die Parteiprogrammatik ein relativ zuverlässiger Indikator für zukünftige *Policies* ist (Klingemann et al. 1994).

In einem ersten Schritt des Papers wird demonstriert, daß die Sozialdemokratie in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ihrer Programmatik zwar die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als langfristige Zielsetzung nicht aufgegeben, sich jedoch bereits damals in der Regierungspolitik und (teilweise) auch in der Opposition mit dem Kapitalismus versöhnt bzw. arrangiert hatte. Kernpunkte der sozialdemokratischen Regierungspolitik und Programmatik waren die Herstellung sowie Beibehaltung volkswirtschaftlicher Effizienz einerseits und des sozialen Ausgleichs andererseits. Dabei kam der staatlichen Intervention eine zentrale Rolle zu. Im zweiten Abschnitt werden sodann die programmatischen "Neuorientierungen" der sozialdemokratischen Parteien in den vier Ländern seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre beschrieben, bevor in dem dritten Abschnitt diese Neuorientierungen einer vergleichenden Analyse mit den "alten" Vorstellungen der Sozialdemokratie und mit denen der modernisierten Christdemokratie unterzogen werden. Abschließend folgen einige Anmerkungen zur vergleichenden Sozialpolitikforschung.

Das sozialdemokratische Nachkriegsmodell

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war für die Sozialdemokraten ein Ausbau der staatlichen Regulierung nicht Ziel der Politik, sondern Mittel zum Zweck. Auf der Makro-Ebene stand nicht – in Anlehnung eines Werkes von G. Esping-Andersen (1985) – eine ‚Politik gegen die Märkte‘ (*Politics against Markets*), sondern eine Politik zur Stabilisierung der Märkte. Dieser Politikansatz setzte Marktgesetze in bestimmten Bereichen zwar bewußt außer Kraft, doch geschah dies in der Regel auf Basis der Überzeugung, daß dadurch die kapitalistische Volkswirtschaft auf der Makro-Ebene effizienter funktionieren und gleichzeitig der soziale Ausgleich nicht auf der Strecke bliebe (Sassoon 1996: 151).

Betrachtet man beispielsweise die historische Entwicklung in Großbritannien und Schweden, so wird offenkundig, daß die Arbeiterparteien in beiden Ländern sich in ihrer Regierungspolitik während der Nachkriegszeit mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem arrangierten, wenn nicht gar versöhnten. Beiden Parteien ging es im Kern darum, eine möglichst effiziente Weise des Wirtschaftens zu finden, die gleichzeitig ein relativ hohes Maß an sozialer Integration ermöglichte. Dabei setzten die Briten auf die Institutionalisierung einer universalistischen wohlfahrtsstaatlichen Risikoabsicherung, eine keynesianische Wirtschaftspolitik sowie die Verstaatlichung zentraler Wirtschaftssektoren. Die Verstaatlichung von Unternehmen war jedoch nicht als Beginn einer umfassenden Veränderung der Eigentumsverhältnisse zu verstehen, auch wenn diese in der *Clause four* des Parteistatuts der *Labour*

Party verankert war. Vielmehr war es der Versuch, die britische Volkswirtschaft effizienter zu gestalten (Sassoon 1996: 151; Shaw 1993: 116).

In Schweden nahm die wirtschaftliche Planung seitens des Staates in der Nachkriegszeit zwar einen zentralen Platz in der Parteiideologie der schwedischen Arbeiterpartei ein, doch wurde das Konzept dahingehend definiert, daß es im wesentlichen lediglich die anti-zyklische Konjunkturpolitik, die Koordination der öffentlichen Investitionen sowie die Erstellung langfristiger ökonomischer Prognosen beinhaltete (Pontusson 1994: 25). Das zentrale Element des sozialdemokratischen *approaches* in Schweden war eine koordinierte, solidarische Lohnpolitik; sie sollte dazu dienen, daß einerseits die Lohnkosten der profitablen, exportorientierten Unternehmen nicht übermächtig anstiegen und andererseits sollten nicht profitable Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden. Um die Übergänge für die Beschäftigten aus nicht mehr wettbewerbsfähigen Sektoren in andere Sektoren der Wirtschaft zu erleichtern, bedienten sich die Sozialdemokraten der aktiven Arbeitsmarktpolitik (vgl. Jochem 1998). Das übergeordnete Ziel der schwedischen Sozialdemokraten war Vollbeschäftigung auf einem hohen Beschäftigungsniveau; dieser Ansatz wurde ergänzt durch den Ausbau eines universalistischen Wohlfahrtsstaates.⁵

Die implizit oder gar explizit formulierte Akzeptanz des Marktes und des kapitalistischen Systems in den 50er und 60er Jahren war die Folge einer langwierigen Transformation der Sozialdemokratie, die mit dem Revisionismusstreit im 19. Jahrhundert begonnen hatte und durch den real-existierenden Sozialismus beschleunigt worden war. Die umfassende Transformation des kapitalistischen Systems war nunmehr endgültig in weite Ferne gerückt. Der von den Sozialdemokraten maßgeblich angeschobene und beförderte politische Diskurs in Bezug auf die Erzielung von Vollbeschäftigung und wohlfahrtsstaatlicher Sicherung wurde im goldenen Zeitalter der Nachkriegszeit auch in Teilen von Konservativen und Christdemokraten mitgetragen (Sassoon 1996: 139; Kersbergen 1995). Insoweit kann man für diese historische Phase von einer "Sozialdemokratisierung" der konservativen und christdemokratischen Parteien sprechen (Schmidt 1985). Die erfolgreiche Politik der Christdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland sowie den Niederlanden machte es den Sozialdemokraten in beiden Ländern sodann auch schwer, einen originären Einfluß auf die politische Ökonomie in der unmittelbaren Nachkriegszeit auszuüben.

Es wäre eine Fehleinschätzung der damaligen sozialdemokratischen Programmatik und Politik, wenn man behauptete, daß sie vor allem bestrebt war, auf der Nachfrageseite zu intervenieren, um ihre

⁵ Diese Politikstrategie basierte nicht allein auf der Macht der organisierten Arbeitnehmerschaft in Koalition mit den Landwirten, sondern auf einer klassenübergreifenden Koalition von Arbeit und Kapital in den dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Wirtschaftssektoren (Swenson 1991).

Zielsetzung zu verwirklichen. Gewiß, der Wohlfahrtsstaat und eine Politik des keynesianischen *deficit spending* kann in Krisenzeiten die Nachfrage stabilisieren. Doch beinhaltet der moderne Wohlfahrtsstaat auch eine Anzahl von Bereichen, die auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen zielen.⁶ In diesem Zusammenhang möchte ich besonders die schwedische Arbeitsmarktpolitik sowie beispielsweise die stärkere Betonung von sozialpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsbedingungen Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre in der Bundesrepublik erwähnen. Diese Politiken waren gerade nicht als Maßnahmen zur Stärkung der dekommodifizierenden Elemente innerhalb des Wohlfahrtsstaates gedacht, sondern sollten der Verbesserung der Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft dienen. Des weiteren verzichteten die sozialdemokratisch regierten Länder Skandinaviens keinesfalls auf eine Angebotspolitik, in Teilen stellte sie sogar den Kernbereich sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik dar.⁷ Diese Politikinstrumente sollten jedoch dazu dienen, die Ziele der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung in reale Politik umzusetzen.

Fazit: Zwar spielte in der sozialdemokratischen Programmatik der Staat eine maßgebliche Rolle, doch staatlicher Interventionismus war nie Selbstzweck – Aufgabe war es vielmehr, die beiden zentralen Werte der volkswirtschaftlichen Effizienz und der sozialen Gerechtigkeit innerhalb des kapitalistischen Systems zu versöhnen. Keynesianische Vollbeschäftigungspolitik, staatliche Intervention zur Absicherung sozialer Risiken und Redistribution sowie die Regulierung der Marktkräfte waren die von den Sozialdemokraten bevorzugten Instrumente (s. Schaubild 1). Der Wohlfahrtsstaat war nicht gedacht als eine soziale Hängematte, deren Funktion es war, die Marktkräfte weitgehend außer Kraft zu setzen. Vielmehr sollte er aus sozialdemokratischer Sicht zwar einerseits die Auswirkungen des Marktes abfedern und als Garant für den sozialen Ausgleich dienen, doch zum anderen sollte der Wohlfahrtsstaat gleichzeitig zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Performanz beitragen.

⁶ Vgl. zum wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive bereits Briefs (1930) sowie u.a. Vobruba (1989; 1991: 49–89).

⁷ Nach Huber und Stephens (1998) bildete die Angebotspolitik den Kernbereich der Wirtschaftspolitik in den skandinavischen Ländern. Sie reichte weit über das allgemeine Arsenal der Angebotspolitik, wie etwa Bildung, Infrastruktur, günstige Kredite sowie die allgemeine Unterstützung von Forschung und Entwicklung, hinaus und beinhaltete neben der bereits erwähnten Arbeitsmarktpolitik, eine Kreditpolitik, die industrielle Kreditnehmer gegenüber Konsumenten und Spekulanten begünstigte, Regionalpolitik und Subventionen bzw. subventionierte Kredite für bestimmte Industriezweige. Die Steuerpolitik begünstigte die Reinvestition der Profite. Die Zinsen wurden schließlich durch die Rationierung der Kredite und durch Überschüsse des öffentlichen Sektors niedrig gehalten.

Schaubild 1: Sozialdemokratische Politikziele und Instrumente in der Nachkriegszeit:

Ziele	Politikinstrumente
Vollbeschäftigung	Keynesianische Steuerung gekoppelt mit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik Koordinierte Lohnpolitik Aktive Arbeitsmarktpolitik
Sozialer Ausgleich	Staatliche Intervention (Universalismus) zur Absicherung sozialer Risiken Redistribution
Ökonomische Effizienz	Beibehaltung des Marktes Staatliche Intervention zur Stabilisierung der Marktmechanismen auf der Makro-Ebene; u.U. Verstaatlichung bestimmter Branchen

Obzwar das sozialdemokratische Regulierungsmodell bis zu Beginn der 1970er Jahre sehr erfolgreich zu funktionieren schien, geriet es in den folgenden Jahren in die Defensive. Was waren die Gründe hierfür? Eine Durchsicht der verschiedenen Studien zur Sozialdemokratie ergibt, daß im wesentlichen vier zentrale Variablen identifiziert werden können, die zur Erklärung des Niedergangs der Sozialdemokratie in den verschiedenen theoretischen Ansätzen herangezogen wurden: 1. Die keynesianische Koordination sei in eine Blockade geraten, d.h. eine Politik des *deficit spending* führe nicht mehr zum gewünschten Erfolg, sondern zu einem Import relativ hoher Inflationsraten, der ökonomisch unerwünscht sei und zur Stagflation beitrage. 2. Die Sozialstruktur der westeuropäischen Gesellschaften habe sich durch die zunehmende Tertiarisierung der Arbeitswelt nachdrücklich gewandelt; durch die abnehmende Bedeutung der Arbeiterschaft würde der Sozialdemokratie die traditionelle Wählerschaft wegbrechen. 3. Eng damit verknüpft sei der gesellschaftliche Wertewandel, der sich u.a. aus dem Postmaterialismus sowie der Kritik am Wachstumsoptimismus speist und zu einer Reorientierung der Politik führe. 4. Die Veränderung des politischen Diskurses habe sich negativ auf die Sozialdemokratie ausgewirkt. Waren während des goldenen Nachkriegszeitalters keynesianische Vorstellungen der Wirtschaftssteuerung dominant, so das Argument, wurde u.a. im Zuge der Diskussion um die Steuerbarkeit wirtschaftlicher Abläufe dieses Deutungsmuster durch die Dominanz des Monetarismus, also der Betonung der Geldpolitik, und einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik abgelöst (vgl. hierzu zusammenfassend Merkel 1993: 21–35).

Der schwierige Pfad der programmatischen Erneuerung

Die Niedergangstheorien basierten auf sozio-ökonomischen Veränderungen, die empirisch zumindest ansatzweise nachweisbar und teilweise kausal für die Wahlverluste in den 1970er und 1980er Jahren verantwortlich waren. Dennoch heißt dies nicht, daß der Sozialdemokratie keine Optionen zur Verfügung standen. Vor die offenkundigen Herausforderungen des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels gestellt, konnten die sozialdemokratischen Parteien langfristig nicht umhin, sich programmatisch zu erneuern. Die lange Geschichte der Sozialdemokratie zeigt, daß sie grundsätzlich zu einer Revision ihrer Programmatik fähig ist. Die Chance zur Erneuerung blieb von den Niedergangstheoretikern weitgehend unbeachtet. Die Oppositionspolitik der Sozialdemokraten in Großbritannien, der Bundesrepublik und den Niederlanden schien während der ersten Hälfte der 80er Jahre die These der programmatischen Inflexibilität zu bestärken. Vor allem die *Labour Party* und die bundesdeutschen Sozialdemokraten sahen sich in die Rolle der Anwälte des Wohlfahrtsstaates gedrängt; schließlich galt es, die aus ihrer Sicht "unsozialen" Angriffe seitens der Tories und der christdemokratisch-geführten Koalitionsregierung anzuprangern. Nahezu jede Veränderung des wohlfahrtsstaatlichen Status quo wurde als Angriff auf sozialdemokratische Errungenschaften interpretiert. Doch sollten die beiden Parteien aus dieser Positionierung wahlpolitisch keine Erfolge ziehen können. Nicht zuletzt aufgrund der Wahlverluste sahen sich die *Labour Party*, die niederländische Arbeiterpartei (PvdA) sowie die deutschen Sozialdemokraten veranlaßt, über ihre programmatische Ausrichtung grundsätzlich neu zu reflektieren. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein programmatischer Wandel der Parteien einen relativ langen Zeitraum bedarf; schließlich handelt es sich bei Parteien um Großorganisationen, deren Anpassungsfähigkeit aufgrund ihrer gewachsenen Strukturen nur langsam voranschreiten kann. Wie sah der Wandel nun im Einzelnen aus?

Die niederländische Arbeiterpartei – eine Vorreiterin auf dem Pfad zum ‚Dritten Weg‘?

Das offensichtliche Scheitern der von der niederländischen Arbeiterpartei während der 70er und frühen 80er Jahre verfolgten Polarisierungsstrategie im Hinblick auf eine Regierungsbeteiligung führte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu einer Überprüfung der Programmatik. Nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Wim Kok wurden mehrere Kommissionen eingesetzt, die sowohl die Parteistrukturen als auch die Programmatik überprüfen sollten. Im Jahr 1987 empfahl die Kommission für programmatische Erneuerung, daß die Arbeiterpartei zukünftig für eine solidarische Politik eintreten solle, die die Prinzipien der Chancengleichheit und individuellen Wahl stärker betont, als das Prinzip der Gleichheit. Die klassischen fünf Instrumente der Sozialdemokratie,

nämlich Verstaatlichung, Nachfragesteuerung, Redistribution, Planung und Regulierung, könnten nicht mehr in der traditionellen Art und Weise genutzt werden. Die Verstaatlichung wurde prinzipiell zurückgewiesen und die Nachfragesteuerung als ein inadäquates Instrument in einer offenen Volkswirtschaft bewertet. Schließlich sei es auch nicht mehr möglich, auf ein kontinuierliches ökonomisches Wachstum zu setzen, um eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen zu erzielen. Dies bedeute allerdings nicht den Verzicht auf staatliches Handeln. Im Hinblick auf die Sozialpolitik wurde formuliert, daß in Zukunft nicht mehr das *Recht* auf Einkommen im Mittelpunkt der Sozialleistungspolitik stehen solle, sondern die Verknüpfung der Sozialleistungen mit Arbeit und Beschäftigung. Schließlich wurden im Wahlprogramm für die Wahl 1989 die Konfrontationsstrategie fallengelassen und programmatisch explizit die Grenzen der Staatstätigkeit sowie die Notwendigkeit hervorgehoben, das Haushaltsdefizit zu reduzieren (Wolinetz 1993: 103–106).

Nach dem Eintritt in die Koalitionsregierung mit den Christdemokraten im Jahr 1989, die sich darauf verpflichtet hatte, die Reform des Sozialstaates voranzutreiben und das Haushaltsdefizit zu reduzieren, stand den niederländischen Sozialdemokraten die tatsächliche Bewährungsprobe bevor: Trotz des massiven Widerstandes der Gewerkschaften stimmten die sozialdemokratischen Minister u.a. der Reform der Erwerbsunfähigkeitsrenten zu.⁸ In den folgenden Wahlen des Jahres 1994 mußten die Sozialdemokraten zwar heftige Stimmenverluste hinnehmen, konnten jedoch, nachdem die Verluste der Christdemokraten noch größer waren, zum erstenmal seit 1918 eine Regierungskoalition ohne die Christdemokraten bilden. Die Sozialdemokraten haben sich spätestens seit dem Eintritt in die Lila-Koalition mit den Liberalen einer Politik verschrieben, die auf eine Stärkung der Infrastruktur sowie eine Transformation des Wohlfahrtsstaates zielt. Letzteres Projekt steht unter dem Motto "Vom Wohlfahrtsstaat zur partizipatorischen Gesellschaft": Danach müsse eine neue Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit sowie kollektiver Absicherung und individueller Verantwortung gefunden werden (Becker/Cuperus 1998: 251). In einem Parteidokument zur Sozialpolitik aus dem Jahr 1997 hieß es: "[T]he philosophy of modern social security ? places the emphasis firmly on freedom of choice and personal responsibility" (PvdA 1997; vgl. a. PvdA 1998). D.h. die Aufgabe des Staates ist es zukünftig nicht mehr, für alle erdenklichen Lebenslagen umfassende sozialstaatliche Programme zu entwickeln, sondern verstärkt das Individuum in die Lage zu versetzen, selbst Verantwortung zu übernehmen.

⁸ Manche Beobachter haben die Reform der Erwerbsunfähigkeitsrente mit der Abschaffung der "Clause Four" im Parteiprogramm der britischen Labour Party verglichen (Becker/Cuperus 1998: 250).

Der langsame Wandel bundesdeutscher Sozialdemokraten

Der programmatische Wandel innerhalb der SPD während der 80er Jahre sollte zunächst weitgehend auf die Integration von links-libertären Positionen, wie etwa den Atomausstieg, einer stärkeren Betonung der Umweltpolitik sowie neuen Ansätzen in der Sicherheitspolitik beschränkt bleiben. Insoweit waren die bundesdeutschen Sozialdemokraten sicherlich Vorreiter unter ihren europäischen Schwesterparteien. Im Hinblick auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik kam es in der sozialdemokratischen Programmatik allerdings zunächst zu keinen weitreichenden Veränderungen in den 1980er und frühen 1990er Jahren. So stellt das im Jahr 1989 verabschiedete ‚neue‘ Grundsatzprogramm, wie Padgett (1993: 35) es ausdrückt, "a new formulation of the old model – a Godesberg Mark II" dar. In der Opposition sahen sich die Sozialdemokraten vielfach noch zu Beginn der 90er Jahre als die Verteidiger des *Sozialstaates*, der von den Christdemokraten zur Disposition gestellt würde (vgl. u.a. Seeleib-Kaiser 2001).

Erst das Programm zur Bundestagswahl 1994 und in noch stärkerem Maße das Wahlprogramm 1998 zeigten deutliche Reformimpulse. So wurden etwa kreditfinanzierte Konjunkturprogramme nunmehr abgelehnt, da es "keinerlei Spielraum" für eine solche Politik gäbe. Im Mittelpunkt der Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse die Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen, konsequenterweise müßten die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Ziel des "modernen Sozialstaats" müsse die Ermutigung zu Eigenverantwortung und Eigeninitiative und nicht Bevormundung sein, entsprechend wurde u.a. eine Reform der Sozialhilfe eingefordert, die die Aktivierung in den Mittelpunkt stellt. Des weiteren rückt die Familienpolitik zunehmend in den programmatischen Mittelpunkt sozialdemokratischer Sozialpolitik (Bleses/Seeleib-Kaiser 1999). In der Rentenpolitik wird schließlich eine stärkere Rolle nichtstaatlicher Risikoabsicherung eingefordert (vgl. Seeleib-Kaiser 2001), die mit der Rentenreform im Jahre 2001 teilweise bereits in reale Politik umgesetzt wurde. Im Bereich der sozialen Dienstleistungen sollen das Ehrenamt sowie Nachbarschaftshilfen und Selbsthilfegruppen gestärkt werden (SPD 1998: 47). Eine "Politik der Neuen Mitte", so der Vordenker Bodo Hombach (1998), läge zwischen dem Neo-Liberalismus und dem etatistischen Wohlfahrtsstaat der 70er Jahre. Die Sozialpolitik solle nicht mehr die Funktion der "Hängematte", sondern die eines "Trampolins" übernehmen.

Das schwedische Modell unter Anpassungszwang?

Der durch die mehrfachen Abwertungen der schwedischen Krone während der 1970er und 1980er "erkaufte" Erfolg des schwedischen Modells sollte für einige Jahre programmatische Reformen verzögern. Erst im Zuge der dramatischen ökonomischen Krise zu Beginn der 1990er Jahre und dem

rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit sollte sich innerhalb der schwedischen Sozialdemokraten der ‚Reformflügel‘ durchsetzen. Die Bekämpfung der Inflation und die Reduzierung des Haushaltsdefizits wurden nun für Schwedens Sozialdemokraten eine prioritäre Angelegenheit. Schließlich stimmte die SAP den von der bürgerlichen Regierung zu Beginn der 1990er Jahre vorgeschlagenen Leistungseinschnitten in das soziale Sicherungsnetz zu. Weitreichender war jedoch der seit Beginn der 1990er Jahre erfolgte Rückzug der Arbeitgeber aus dem System der zentralen Lohnverhandlungen, die die Voraussetzung für die solidarische Lohnpolitik der vergangenen Jahrzehnte war. Damit war ein zentraler Eckpfeiler des schwedischen Modells auf Druck der Arbeitgeber weggebrochen (Mahon 1999). Nach der erneuten Regierungsübernahme durch die SAP im Jahr 1994 wurden die Leistungen in einigen Sozialprogrammen weiter beschnitten. Obwohl durch die Kürzungen die Strukturen des schwedischen Wohlfahrtsstaates zunächst im wesentlichen unverändert bleiben sollten, verschob sich innerhalb der SAP das Verständnis von Redistribution. Lag in der Vergangenheit die Betonung auf der Umverteilung von Einkommen, so wird nun auch von den schwedischen Sozialdemokraten zunehmend die ‚Umverteilung von Chancen‘ thematisiert. Verstärkt rückt die Bildungspolitik an die Stelle der traditionellen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Wood 2001: 404). Wurde unter Universalismus während des goldenen Zeitalters die *umfassende* gesellschaftliche, sprich staatliche Verantwortung beim Eintritt sozialer Risiken verstanden, so gehen die Sozialdemokraten heute davon aus, daß die Individuen einen Teil des Risikos tragen sollten (Lindgren 1998; Sainsbury 1993). Am deutlichsten zeigt sich diese Verschiebung in der Rentenversicherung: Durch das 1998 verabschiedete Rentenreformgesetz wurde durch die Sozialdemokratische Regierung die ehemals *sozialstaatliche* Absicherung des Risikos Alters ein Stück weit privatisiert. Ein Teil der Rentenversicherungsbeiträge wird nunmehr vom Individuum auf dem privaten Anlagemarkt investiert (vgl. Ministry of Health and Social Affairs 1998). Des weiteren zog sich der Staat aus dem in Schweden als traditionelle Domäne des Staates zu bezeichnenden Bereich der Erbringung sozialer Dienstleistungen teilweise zurück (Clayton/Pontusson 1998; Benner/Vad 2000: 433).

Von *Old Labour* zum *Third Way*?

In Großbritannien vollzog sich der programmatische Wandel der *Labour Party* relativ spät. Und nachdem es in der *Labour* Geschichte kein Bad Godesberg gab, erschien dieser programmatische Wandel auch sehr weitreichend.⁹ Trotz erheblicher Revisionen des Programms Ende der 80er und zu

⁹ Das Programm der Labour Party enthielt während der gesamten Nachkriegszeit starke sozialistische Elemente, während die Partei in ihrer Regierungspolitik eher ein sozialdemokratisches Profil einnahm. Von Beobachtern wurde diese Strategie als ‚eine gefährliche Tendenz zur Schizophrenie‘ charakterisiert (Holtham/Hughes 1998: 166).

Beginn der 1990er Jahre¹⁰ sollte die programmatische Umorientierung der Partei ihren vorläufigen Höhepunkt erst nach dem Aufstieg von Tony Blair an die Spitze von *Labour* erreichen. Um den programmatischen Wandel zu unterstreichen, war fortan nur noch die Rede von *New Labour* und der Notwendigkeit einen *Third Way* zwischen dem Neo-Liberalismus und den Dogmen von *Old Labour* zu finden, da weder die Politikansätze der Neoliberalen noch von *Old Labour* adäquat seien, die gegenwärtigen Probleme zu lösen (vgl. hierzu auch Giddens 1997). *New Labour* akzeptierte nunmehr programmatisch die überlegene Leistungsfähigkeit des Marktes, verschrieb sich dem Monetarismus, lehnte Steuererhöhungen ab und akzeptierte im Grundsatz die Haushaltspolitik der konservativen Regierung. Allerdings bedeutet diese programmatische Ausrichtung nicht den vollkommenen Verzicht auf staatlichen Interventionismus, sondern eine Neudefinition nach dem Grundsatz: "Save to invest ? not tax and spend" (Labour Party 1997: 12). Hinsichtlich der Reform des Wohlfahrtsstaates, die ganz oben auf der Agenda von *New Labour* steht, betont sie die Priorität, Personen erneut in Beschäftigung zu bringen, anstatt sie langfristig durch staatliche Sozialleistungen zu alimentieren. Als Leitmotiv für die Reform des Wohlfahrtsstaates wurde das Konzept der Rechte und Pflichten festgeschrieben. In anderen Worten: um in den Leistungsbezug zu kommen, muß der Einzelne Anstrengungen zur (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt nachweisen. Bei diesem Politikansatz wurde besonderes Augenmerk auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit gelegt. Einen zentralen Platz in der Sozialpolitik von *New Labour* nimmt auch die Stärkung der Institution Familie ein. Schließlich betont *Labour* die Notwendigkeit eines stärkeren bürgerschaftlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Engagements (Labour Party 1997; Blair 1998).

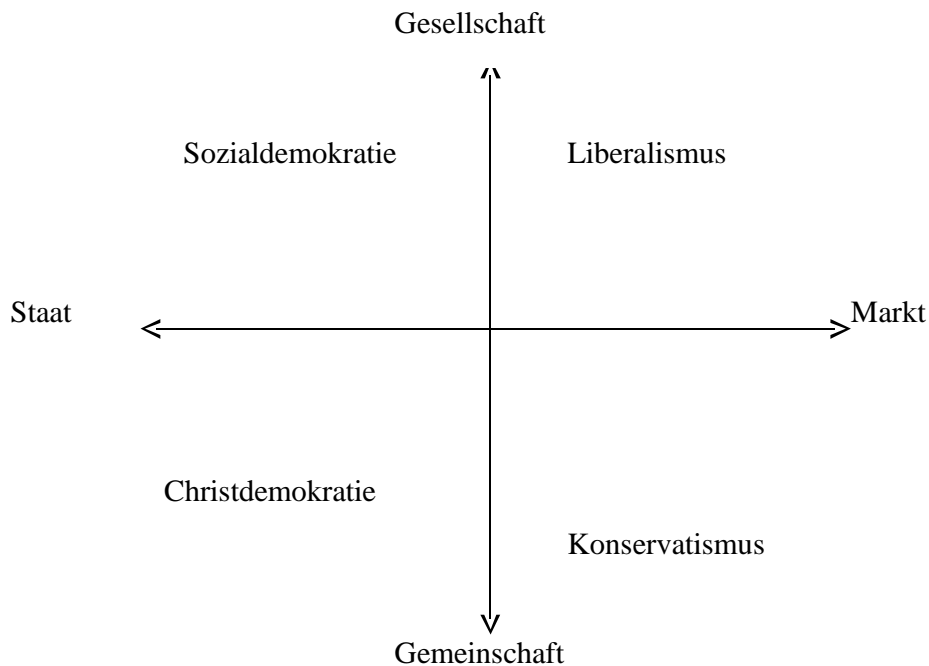
Old Labour, New Labour, Neo-Liberalismus oder neue Christdemokraten?

Zunächst ist zu wiederholen, daß die Sozialdemokraten auch im goldenen Zeitalter der Nachkriegszeit den Staat nie als Selbstzweck sahen. Wie gezeigt wurde, bedienten sich die Sozialdemokraten staatlicher Intervention, um ihren Zielen der wirtschaftlichen Effizienzsteigerung einerseits sowie des sozialen Ausgleichs andererseits näher zu kommen. Diese zwei sozialdemokratischen Ziele wurden als interdependent interpretiert. Aufgrund der sozio-ökonomischen Veränderungen in den 1970er und 1980er Jahren waren die Sozialdemokraten – mit Ausnahme der schwedischen Arbeiterpartei – mit ihren "alten" Politikinstrumenten jedoch in der Zielerreichung nicht sehr erfolgreich. Es schien sich ein neues sozialdemokratisches Dilemma aufzutun, nämlich zwischen den proklamierten Zielen und den sozio-ökonomischen Realitäten. Dieses legitimatorische Dilemma wurde von den sozialdemokratischen Parteien zum Teil dadurch aufgelöst, daß sie ihre Ziele und Politikinstrumente

¹⁰ Vgl. die Synopse in Crewe (1992: 44) sowie Shaw (1993: 118–125).

neu definierten. Um die programmatischen Veränderungen der Sozialdemokratie systematisch verorten zu können, bedarf es jedoch neben dem internationalen Vergleich eines Vergleichs mit anderen Parteien innerhalb des politischen Koordinatensystems.¹¹ Gehen wir also einen Schritt zurück und betrachten das politische Koordinatensystem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, so wie es sich traditionell darstellte. Idealtypisch kann dieses entlang zweier Achsen dargestellt werden, nämlich der Achse "Gesellschaft – Gemeinschaft" und der Achse "Staat – Markt":

Schaubild 2: Idealtypisches politisches Koordinatensystem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik



Der Liberalismus setzt traditionell auf die individuelle Leistungsfähigkeit innerhalb der Gesellschaft mit einem Minimum an staatlicher Intervention. Die Garantie formaler Chancengleichheit und die Bildungspolitik sind die Hauptaufgaben des Staates in der Sozialpolitik. Für die Sozialdemokratie sind zwar ebenfalls diese beiden Bereiche von zentraler Bedeutung, doch geht sie darüber hinaus und ist bestrebt, durch staatliche Intervention in einer Vielzahl von Lebensbereichen das Individuum vor den Schwächen des Marktes zu schützen und für sozialen Ausgleich auf der Seite der *outcomes* zu sorgen. Dazu zählt neben dem universalistischen Wohlfahrtsstaat, der weitgehend dem Staat die

¹¹ Es reicht nicht aus, die neue sozialdemokratische Programmatik oder die Regierungspolitik zweier Staaten mit der sozialdemokratischen Regierungspolitik der 70er und frühen 80er Jahre zu vergleichen (vgl. u.a. Green-Pedersen, Kersbergen, Hemerijck 2000), um systematisch zu analysieren, ob sich die Sozialdemokratie in Westeuropa auf einem neuen originär sozialdemokratischen Weg befindet. Vielmehr muß die mögliche Neupositionierung der Sozialdemokraten auch in Relation zu anderen politischen Strömungen analysiert werden, damit man die These von einem *originären* sozialdemokratischen ‚Dritten Weg‘ überprüfen kann.

Verantwortung übertrug, individuelle Notlagen und Risiken abzusichern, eine auf Vollbeschäftigung orientierte keynesianische Wirtschaftspolitik. Die Christdemokratie und der Konservatismus setzen primär auf gemeinschaftliche Arrangements, wobei erstere in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik ebenfalls eine relativ starke Rolle des Staates für notwendig erachtet; entsprechend wurden die Christdemokratischen Parteien in der vergleichenden Forschung neben den sozialdemokratischen Parteien als "Sozialstaatsparteien" bezeichnet (Schmidt 1998: 168).

Die Konzeption christdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik

Um den Unterschied zur traditionellen sozialdemokratischen Programmatik deutlich erkennbar zu machen, erscheint es mir notwendig, auf Kernelemente christdemokratischer Programmatik näher einzugehen. So unterschied sich die christdemokratische Konzeption von Staatlichkeit in wesentlichen Bereichen von jener der Sozialdemokraten. Kersbergen (1995: 181) definiert die christdemokratische Konzeption von Staatlichkeit wie folgt:

The ideal state is a welfare state and ,its responsibilities consists in defining and enforcing the responsibility of others – individuals or social groups – rather than providing services itself'.
? An institutional commitment to full employment, for instance, is at odds with the tenet of the enforcement of ,self-responsibility'.

Im Zentrum der christdemokratischen Weltanschauung steht entsprechend die stärkere Betonung von Pflichten gegenüber Rechten, der Familie und sozialer Gruppen gegenüber dem Individuum und dem Staat. Die Familie soll dazu beitragen, daß die Menschen zu Persönlichkeiten heranwachsen, die ein hohes Maß an Eigenverantwortung übernehmen. Ferner ist es nicht die primäre Aufgabe des Staates, soziale Dienstleistungen zu erbringen, sondern diese sollen zuvörderst von der Familie und gemeinschaftlichen Organisationen erbracht werden. Entsprechend kommt der Familie eine zentrale Rolle zu, die es zu schützen gilt.¹² In Folge der Modernisierung der Christdemokratie seit den 70er Jahren setzte sich die Auffassung durch, daß es nicht mehr ausreicht, die Familie zu schützen; vielmehr müsse sie gefördert werden, damit sie ihrer Aufgabe in der Gesellschaft nachkommen könne. Ihren Ausdruck fand diese gewandelte Konzeption u.a. in dem Ausbau der aktiven Familienpolitik während der langen christdemokratischen Herrschaft in der Bundesrepublik (vgl. hierzu Bleses/Seeleib-Kaiser 1999). Den christdemokratischen Wohlfahrtsstaat als einen primär kompensatorischen zu interpretieren, wie dies etwa van Kersbergen (1995) tut, überbewertet die christdemokratische Regierungspolitik während der 80er Jahre sowie die staatliche Sozialleistungspolitik zur Absicherung der traditionellen sozialen Risiken. So zeigt etwa die Analyse von Rimlinger (1971: 137 ff.), daß es der CDU seit Beginn der Bundesrepublik darum ging, ein

¹² Diese Ausführungen basieren auf Kersbergen (1995: 174–191).

angemessenes soziales Sicherungsnetz zu knüpfen, ohne die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Die Christdemokraten sahen die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik stets in einem Interdependenzverhältnis; auf dieser Einsicht gründeten auch die Reformen der niederländischen und bundesdeutschen Christdemokraten während der 80er und 90er Jahre (vgl. Seeleib-Kaiser 2001).

Schaubild 3: Christdemokratische Politikinstrumente in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Politikziel	Politikinstrumente
Sozialer Kapitalismus	Soziale Regulierung des Marktes, wobei den Sozialpartnern sowie gesellschaftlichen Gruppen und Gemeinschaften ein erhebliches Maß an Verantwortung zukommt
Politikbereiche	
Wirtschafts- und Finanzpolitik	Weitgehende Übernahme liberaler Politikansätze: Weitgehender Verzicht auf keynesianische Nachfragesteuerung sowie Verstaatlichung Betonung der Angebotspolitik
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	Hauptsächlich Aufgabe der Tarifpartner; Lohnzurückhaltung als Schlüsselement in ökonomischen Krisen Flexible arbeitsmarktliche Regulierung bei gleichzeitiger Betonung von Mindeststandards
Sozialpolitik	Schutz und Förderung der Familie Förderung gemeinschaftlicher bzw. zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Erbringung sozialer Dienstleistungen Wenig interpersonale Umverteilung, primär intertemporale Umverteilung durch Sozialversicherungen, die von den Sozialpartnern und nicht dem Staat verwaltet werden Förderung der Eigentumsbildung und nichtstaatlicher sozialer Sicherungsarrangements

Die Neue Sozialdemokratie oder die Christdemokratie unter neuem Namen?

Betrachten wir nun die modifizierte Programmatik der Sozialdemokraten, so könnte man auf den ersten Blick argumentieren, daß die Sozialdemokraten noch immer im Kern an ihrer ehemaligen Zielsetzung festhalten und sich lediglich die Instrumente verändert haben, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Vor allem die Betonung der Notwendigkeit eines hohen Beschäftigungsniveaus seitens der Modernisierer innerhalb der Sozialdemokratischen Parteien scheint dieses zu bestätigen. Entsprechend argumentieren Huber und Stephens (1998), daß die Betonung von Vollbeschäftigung auf einem hohen Beschäftigungsniveau seit langem ein zentrales Ziel der Sozialdemokratie, speziell in Skandinavien gewesen sei. Shaw (1996) sieht in *New Labour* hingegen eine Ratifizierung des neoliberalen Politikansatzes. Wörtlich heißt es bei ihm:

New Labour hat sich letztlich die amerikanische Vision einer ökonomisch und sozial mobilen Gesellschaft zu eigen gemacht, in der jeder die Möglichkeiten hat, durch seine eigenen Leistungen und Fähigkeiten den jeweiligen Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie zu erlangen, den er verdient (Shaw 1996: 195).

Beide Charakterisierungen greifen jedoch m.E. zu kurz. Die Neupositionierung der Sozialdemokratie zielt vielmehr auf eine Neudefinition der Politikinstrumente, eine im Grundsatz andere Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft und letztendlich auf eine Veränderung der sozialdemokratischen Politikziele. Sowohl die keynesianische Nachfragesteuerung als auch die Verstaatlichung sind nicht mehr Bestandteil des sozialdemokratischen Arsenal der Steuerungsinstrumente. In den klassischen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik setzen sie zunehmend auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen durch eine Absenkung der Steuerlast und der Sozialversicherungsabgaben sowie einen Fiskalkonservatismus. Zwar hatten die unterschiedlichen sozialdemokratischen Parteien bereits in der Vergangenheit entweder in ihrer Regierungspolitik oder, wie etwa die bundesdeutschen Sozialdemokraten, in ihrer Programmatik den Markt als zentralen Mechanismus des Wirtschaftslebens akzeptiert, doch wird dem Markt nunmehr eine überlegene Rolle im Vergleich zu staatlicher Intervention zugeschrieben. Vergleichen wir diese Instrumente mit dem Instrumentenarsenal der Christdemokraten in der Wirtschaftspolitik, so können wir eine große Übereinstimmung feststellen.

Im Hinblick auf die Umverteilung geht es nicht mehr vordringlich um die Erzielung sozialer Gerechtigkeit mittels sozialstaatlicher Geldleistungen auf der *outcome*-Ebene, sondern zunehmend um die Herstellung von Chancengleichheit. Entsprechend soll sich der Staat verstärkt in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik engagieren, um benachteiligten Gruppen und jenen, die aufgrund von sozio-ökonomischen Veränderungen zu den Verlierern gehören, eine zweite Chance

einzuräumen. Dabei wird jedoch darauf geachtet, daß die Nutznießer sozialstaatlicher Leistungen auch ihren Pflichten nachkommen. Das Konzept der Rechte und Pflichten ist zunehmend integraler Bestandteil sozialdemokratischer Sozialpolitik. Obzwar diese Konzeption in Skandinavien, vor allem in Schweden, bereits während des goldenen Zeitalters zentral in der Arbeitsmarktpolitik war, so unterscheidet sie sich davon heute dadurch, daß sie das traditionelle "Normalarbeitsverhältnis" (Mückenberger 1985) als normativen Bezugspunkt aufgegeben hat und nunmehr vom Einzelnen mitunter auch finanzielle Einschränkungen verlangt. Den Sozialdemokraten geht es in anderen Worten zunehmend darum, die *employability* um fast jeden Preis zu erhöhen, solange gewisse soziale Mindeststandards gewahrt sind. Es geht nicht um die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung, so wie wir sie kannten, sondern um *Jobs, Jobs, Jobs*.¹³ Diese Politik soll die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Im Gegensatz zu liberalen Vorstellungen, soll der Staat jedoch mehr als ein absolutes Mindestmaß an sozialer Sicherung garantieren. *Flexicurity* wird dadurch zu einem Schlüsselbegriff der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.¹⁴

War in der traditionellen sozialpolitischen Konzeption der Sozialdemokraten der Staat weitgehend der alleinige Erbringer sozialer Transferleistungen, so setzen nun auch sie auf eine teilweise Privatisierung, wobei diese jedoch innerhalb eines relativ eng gesetzten staatlichen Rahmens erfolgen und teilweise den Sozialpartnern dabei eine zentrale Rolle zukommen soll. Diese Politik setzt im Wesentlichen auf eine Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, die in Kontinentaleuropa einen Kernbestandteil christdemokratischer Programmatik darstellte und sich von ehemaligen sozialdemokratischen Modellen – wie etwa dem von Meidner entwickelten Plan in Schweden¹⁵ – dadurch unterscheidet, daß damit keine kollektiv kontrollierte Verfügungsgewalt über Produktionsmittel angestrebt wird. Im Hinblick auf die Erbringung sozialer Dienstleistungen werden zunehmend gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arrangements der Zivilgesellschaft betont. In diesem Zusammenhang kommt auch der Familie erneut eine zentrale Rolle zu. Gerade in diesem Bereich wird auf Elemente christdemokratischer Programmatik zurückgegriffen, wenngleich auch in ihrer modernisierten Spielart, nämlich die gemeinschaftlichen Arrangements staatlicherseits zu fördern.

In der sozialdemokratischen Konzeption zieht sich der Staat aus seiner nahezu ubiquitären Verantwortung für die Bereiche Beschäftigung, sozialpolitische Umverteilung sowie Risikoabsicherung zurück. Durch diese Neukonzeptionierung von Staatlichkeit innerhalb der

¹³ Vgl. die soziologische Perspektive zur gegenwärtigen Verfaßtheit der Institution Vollbeschäftigung bei Vobruba (2000).

¹⁴ Vgl. hierzu u.a. das Schwerpunktheft Nr. 5/2000 der WSI-Mitteilungen.

¹⁵ Vgl. hierzu u.a. Pontusson (1994: 24).

Wirtschafts- und Sozialpolitik wird das sozialdemokratische Dilemma der 70er und 80er Jahre entschärft beziehungsweise aufgelöst. Ziel der Sozialdemokraten ist nicht mehr die Herstellung sozialer Gerechtigkeit auf der *outcome*-Seite mittels staatlicher Beschäftigungs- und sozialpolitischer Umverteilungspolitik. Vielmehr betrachtet die Sozialdemokratie es als ihr Ziel, einen sozialen Kapitalismus zu verwirklichen, in dem dem Staat nicht mehr die alleinige Verantwortung zur Herstellung des sozialen Ausgleichs zukommt und diese zudem der Wirtschaftspolitik untergeordnet wird. Entsprechend bedient sie sich im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Raum eines mikropolitischen Ansatzes, der die Persönlichkeit der Betroffenen und die Verantwortung der verschiedenen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Arrangements stärken soll. Diese stärkere Fokussierung der Sozialdemokraten auf Eigenverantwortung, bürgerschaftliche Arrangements und die Familie sowie die Reduzierung der staatlichen Regulation im Wirtschaftsleben und der Sozialpolitik insgesamt stellen im wesentlichen die Übernahme *modern* christdemokratischen Gedankenguts dar. Diejenigen, die der Sozialdemokratie die Übernahme eines neo-liberalen Politikansatzes attestieren, gehen (implizit) von einer Dichotomie zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus aus und übersehen dadurch die Rolle der Christdemokratie.¹⁶ Die Christdemokratie verkörpert traditionell den dritten Weg zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie und hat auch im goldenen Zeitalter eine Politik der umfassenden Umverteilung von Kapital zu Arbeit stets abgelehnt; staatliche Intervention nach dem Prinzip der Subsidiarität sollte es kleineren gemeinschaftlichen Organisationen ermöglichen, an zentraler Stelle zum sozialen Ausgleich beizutragen. Nun soll auch innerhalb der neuen sozialdemokratischen Konzeption der Staat primär eine moderierende und unterstützende Rolle einnehmen.

Das Ende der Sozialdemokratie?

Wenn wir nun abschließend die Frage beurteilen wollen, ob wir ein Ende oder den Neubeginn der Sozialdemokratie konstatieren können, müssen wir zwischen Machterwerb und Erhalt auf der einen und substantieller Politik auf der anderen Seite differenzieren. Einerseits waren die Sozialdemokraten Ende der 90er Jahre ganz offensichtlich in der Lage, wahlpolitisch erneut Erfolge zu erzielen. Betrachtete man nur diese Perspektive, so könnte man mitunter, zwei Jahrzehnte nachdem das Ende der Sozialdemokratie ausgerufen wurde, einen Neubeginn der Sozialdemokratie diagnostizieren. Programmatisch fällt die Einschätzung jedoch anders aus. Die Konzeptionalisierung des "Dritten Weges" kann nicht als originärer Neubeginn der Sozialdemokratie bewertet werden. Vielmehr stellt sie den vorläufigen Endpunkt einer langen revisionistischen Tradition dar, der in der Übernahme

¹⁶ Mitunter kann dies darauf zurückgeführt werden, daß die Debatte um den "Dritten Weg" in Großbritannien ihren Ursprung hatte.

zentraler Bestandteile christdemokratischer Programmatik mündete. Die sozialdemokratische Programmatik mit ihrer zentralen Komponente von staatlicher Umverteilung zugunsten der Herstellung sozialer Gerechtigkeit sowie der staatlichen Verantwortung ökonomischen Krisen entgegenzuwirken, scheint beendet. Es steht zu erwarten, daß die sozialdemokratischen Parteien auch in ihrer Regierungspolitik den in der Programmatik vollzogenen Wandel umsetzen werden.¹⁷ So mag zwar die Christdemokratie in mehreren europäischen Staaten Ende der 90er Jahre hinsichtlich ihrer Regierungsbeteiligung sowie im Hinblick auf die Wahlergebnisse in die Defensive geraten sein, doch programmatisch leben ihre Konzeptionen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik der reformierten Sozialdemokratie fort.

Dieser Befund bedeutet jedoch nicht, daß sämtliche Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen Parteien Europas verschwunden wären. Unterschiede innerhalb der europäischen Sozialdemokratie wird es auch in Zukunft aufgrund der unterschiedlichen historischen Ausgangslagen, der sich unterscheidenden Strukturen des Parteienwettbewerbs und anderer struktureller Muster geben. Doch die "neuen" Gemeinsamkeiten der Sozialdemokratie mit denen einer modernen Christdemokratie sind erheblich. In Umkehrung der Schmidt'schen Befunde aus den 80er Jahren (Schmidt 1985) kann man heute von einer Christdemokratisierung der Sozialdemokratischen Parteien in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sprechen. Dies heißt jedoch nicht, daß es zwischen den Parteien insgesamt keine Unterschiede mehr gäbe, doch erstrecken diese sich nicht mehr primär auf die ehemals zentralen Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wissenschaftstheoretisch ist dieser Befund deshalb von besonderer Bedeutung, da der Sozialdemokratie in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung, wie eingangs hervorgehoben, eine besondere Rolle zugewiesen wurde. Insoweit scheint die Parteiendifferenzthese, wonach es im Hinblick auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik einen Unterschied macht, ob Christ- oder Sozialdemokraten die Macht ausüben, an Aussagekraft zu verlieren. Im Hinblick auf die weitere Geltung der Parteiendifferenzthese wird zukünftig viel davon abhängen, ob es innerhalb der Christdemokratie zu einer substantiellen Veränderung der programmatischen Ausrichtung kommen wird. Gekoppelt mit dem Wissen, daß sich wohlfahrtsstaatliche Veränderungen in der Regel äußerst langsam vollziehen, scheint ein methodischer Ansatz, der die politischen Diskurse sowie die parteipolitische Programmatik an zentraler Stelle in die vergleichende Sozialpolitikforschung integriert, besser geeignet zu sein, eben diese zu diagnostizieren, als die relativ stark auf eine Analyse der realen Staatstätigkeit fokussierte herkömmliche Sozialpolitikforschung.¹⁸

¹⁷ Eine erste Einschätzung gibt Merkel (2000).

¹⁸ Vgl. hierzu die Arbeiten von Bleses/Seeleib-Kaiser (1999); Taylor-Gooby (2000) und Seeleib-Kaiser (2001).

Bibliographie

- Becker, Frans; Cuperus, René, 1998: "Dutch Social Democracy between Blair and Jospin," in: Cuperus/Kandel (Hg.), 247–255.
- Benner, Mats; Vad, Torben Bundgaard, 2000: "Sweden and Denmark: Defending the Welfare State," in: Scharpf/Schmidt (Hg.), 399–466.
- Blair, Tony, 1998: *The Third Way – New Politics for the New Century*. London: Fabian Society.
- Bleses, Peter; Seeleib–Kaiser, Martin, 1999: "Zum Wandel wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland: Zwischen Lohnarbeit und Familie," *Zeitschrift für Soziologie* 28, Heft 2, 114–135.
- Briefs, Götz, 1930: "Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik," in: Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform (Hg.), *Die Reform des Schlichtungswesens – Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik*. Bericht über die Verhandlungen der XI. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform in Mannheim am 24. U. 25. Oktober 1929, Jena, 13. Bd., Heft 3: 144–170.
- Cavanagh Hodge, Carl, 1993: "The Politics of Programmatic Renewal: Postwar Experiences in Britain and Germany," in: Gillespie/Paterson (Hg.), 5–19.
- Clayton, Richard; Pontusson, Jonas, 1998: "Welfare–state retrenchment revisited: Entitlement cuts, public sector restructuring and inegalitarian trends in advanced capitalist societies," *World Politics* 51, Nr. 1: 67–98.
- Clift, Ben, 2001: "The Jospin Way", *Political Quarterly* 72, Heft 2: 170–179.
- Crewe, Ivor, 1992: "Labor Force Changes, Working Class Decline, and the Labour Vote: Social and Electoral Trends in Postwar Britain," in: Piven (Hg.), 20–46.
- Cuperus, René; Kandel, Johannes (Hg.), 1998: *European Social Democracy – Transformation in Progress*. Amsterdam: Friedrich Ebert Stiftung/ Wiardi Beckmann Stichting.
- Esping–Andersen, Gøsta, 1985: *States Against Markets*. Princeton: Princeton University Press.
- Gamble, Andrew; Wright, Tony (Hg.), 1999: *The New Social Democracy*. Oxford: Blackwell Publishers.
- Garrett, Geoffrey; Lange, Peter, 1991: "Political Responses to Interdependence: What's ‚Left‘ for the Left", *International Organization* 45, Heft 4: 539–564.
- Giddens, Anthony, 1997: *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp [Originalausgabe erschienen 1994 unter dem Titel *Beyond Left and Right: The Future of Radical Politics*, aus dem Englischen übersetzt von Joachim Schulte].
- Giddens, Anthony, 1998: *The Third Way*. Cambridge: Polity Press.
- Giddens, Anthony, 2000: *The Critics of the Third Way*. Cambridge: Polity Press.
- Gillespie, Richard; Paterson, William E., (Hg.) 1993: *Rethinking Social Democracy in Western Europe*. London: Frank Cass [The articles in this volume were first published in a Special Issue of *West European Politics* 16, No. 1].
- Green–Pedersen, Christoffer; Kersbergen, Kees van; Hemerijck, Anton, 2000: "Neo–Liberalism, the ‚Third Way‘ or What? European Social Democracy and the Welfare State at the Beginning of the New Millennium." Paper for the 12th International Conference of Europeanists, Chicago, Palmer House Hilton, March 30–April 1, 2000.
- Hans–Böckler–Stiftung, 2000: *WSI–Mitteilungen* 5.

- Holtham, Gerald; Hughes, Rosaleen (1998) "The State of Social Democracy in Britain," in: Cuperus/Kandel (Hg.), 165–173.
- Hombach, Bodo, 1998: *Aufbruch – Die Politik der Neuen Mitte*. München, Düsseldorf: Econ.
- Huber, Evelyne; Stephens, John D., 1998: "Internationalization and the social democratic model: crisis and future projects," *Comparative Political Studies*, 31, Heft 3: 353–398.
- Jochem, Sven, 1998: *The Social Democratic Full–Employment Model in Transition – The Scandinavian Experiences in the 1980s and 1990s*. ZeS–Arbeitspapier Nr. 2/1998. Bremen: Universität Bremen.
- Kersbergen, Kees van, 1995: *Social Capitalism – A study of Christian democracy and the welfare state*. London: Routledge.
- Kirchheimer, Otto, 1965: "Der Wandel des westeuropäischen Parteisystems," in: *PVS VI*, Heft 1: 20–41.
- Klingemann, Hans–Dieter; Hofferbert, Richard I.; Budge, Ian, 1994: *Parties, Policies, and Democracy*. Boulder usf.: Westview Press.
- Labour Party, 1997: *Britain will be better with new Labour*. [<http://www.labour.org.uk>].
- Le Grand, Julian, 1999: "New Approaches to the Welfare State," in: Gamble/Wright (Hg.), 142–150.
- Levy, Jonah D., 2000: "France – Directing Adjustment," in: Scharpf/Schmidt (Hg.), 308–350.
- Lindgren, Anne–Marie, 1998: "Swedish Social Democracy in Transition", in: Cuperus/Kandel (Hg.), 83–91.
- Mahon, Rianne, 1999: "'Yesterday's Modern Times Are No Longer Modern': Swedish Unions Confront Double Shift," in: Andrew Martin; George Ross (Hg.) *The Brave New World of European Labor – European Trade Unions at the Millennium*. New York, Oxford: Berghahn Books, 125–166.
- Merkel, Wolfgang, 1993: *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*. Frankfurt/New York: Campus.
- Merkel, Wolfgang, 2000: "Die Dritten Wege der Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert", *Berliner Journal für Soziologie* 1/2000: S. 99–124.
- Miliband, David (Hg.), 1994: *Reinventing the Left*. Cambridge: Polity Press.
- Ministry of Health and Social Affairs, 1998: *Pension Reform in Sweden* [<http://www.pension.gov.se>].
- Mückenberger, Ulrich, 1985: "Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses – hat das Arbeitsrecht noch Zukunft?" *Zeitschrift für Sozialreform* 31: 415 ff. und 457 ff.
- Padgett, Stephen, 1993: "The German Social Democrats. A Redefinition of Social Democracy or Bad Godesberg Mark II?" In: Gillespie/Paterson (Hg.), 20–38.
- Piven, Frances Fox, (Hg.), 1992: *Labor Parties in Postindustrial Societies*. New York: Oxford Univ. Press.
- Pontusson, Jonas, 1994: "Sweden: After the Golden Age," in: Perry Anderson, Patrick Camiller (Hg.) *Mapping the West European Left*. London, New York: Verso, 23–54.
- PvdA, 1997: *Modern Social Security* [<http://www.pvda.nl/>].
- PvdA, 1998: *Everybody Counts – Electoral Platform*. Short Version [<http://www.pvda.nl/>].
- Rhodes, Martin, 2000: "Desperately Seeking a Solution: Social Democracy, Thatcherism and the 'Third Way' in British Welfare", *West European Politics* 23, No. 2: S. 161–186.
- Rimlinger, Gaston, 1971: *Welfare Policy and Industrialization in Europe, America, and Russia*. New York usf.: John Wiley.
- Sabatier, Paul A., 1993: "Advocacy–Koalitionen, Policy–Wandel und Policy–Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik," in: Adrienne Héritier (Hg.) *Policy–Analyse – Kritik und Neuorientierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 116–148.
- Sainsbury, Diane, 1993: "The Swedish Social Democrats and the Legacy of Continuous Reform: Asset or Dilemma?" in: Gillespie/Paterson (Hg.), 39–61.

- Sassoon, Donald, 1996: *One Hundred Years of Socialism – The West European Left in the Twentieth Century*. New York: The New Press.
- Scharpf, Fritz W., 1991: *Crisis and Choice in European Social Democracy*. Ithaca: Cornell Univ. Press.
- Scharpf, Fritz; Schmidt, Vivien A. (Hg.), 2000: *Welfare and Work in the Open Economy. Diverse Responses to Common Challenges*. Bd. II. Oxford: Oxford University Press.
- Schmidt, Manfred G., 1985: "Allerweltparteien in Westeuropa? Ein Beitrag zu Kirchheimers These vom Wandel des westeuropäischen Parteiensystems," *Leviathan* 13, Heft 3: 376–397.
- Schmidt, Manfred G., *Sozialpolitik in Deutschland – Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*. Opladen: Leske+Budrich.
- Seeleib-Kaiser, Martin, 2001: *Globalisierung und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Wohlfahrtssysteme in Deutschland, Japan und den USA*. Frankfurt/New York: Campus.
- Shaw, Eric, 1993: "Towards Renewal? The British Labour Party's Policy Review," in: Gillespie/Paterson (Hg.), 112–132.
- Shaw, Eric, 1996: "Von ‚Old Labour‘ zu ‚New Labour‘: Die Transformation der britischen Sozialdemokratie," in: Jens Borchert, Lutz Golsch, Uwe Jun, Peter Lösche (Hg.) *Das sozialdemokratische Modell – Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel*. Reihe Europa- und Nordamerika-Studien, Bd. 2. Opladen: Leske & Budrich, 185–212. in Zens
- SPD, 1998: *Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit – SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998*. Antrag 4 (in der Fassung der Antragskommission). Bonn: Vorstand der SPD.
- Swenson, Peter, 1991: "Bringing Capital Back in, or Social Democracy Reconsidered: Employer Power, Cross-Class Alliances, and Centralization of Industrial Relations in Denmark and Sweden," *World Politics* 43, No. 4: 513–544.
- Taylor-Gooby, Peter, 2000: "Eurosclerosis in European Welfare States: Regime Theory and the Dynamics of Change," in: Michael Hill (Hg.), *Income Maintenance Policy*. The International Library of Comparative Public Policy, Vol. 15. Cheltenham: Edward Elgar, 411–425.
- Vobruba, Georg (Hg.), 1989: *Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik*. Sozialpolitische Schriften, Heft 60. Berlin: Duncker & Humblot.
- Vobruba, Georg, 1991: *Jenseits der sozialen Fragen. Modernisierung und Transformation von Gesellschaftssystemen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Vobruba, Georg, 2000: *Alternativen zur Vollbeschäftigung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Wolinetz, Steven B., 1993: "Reconstructing Dutch Social Democracy," in: Gillespie/Paterson (Hg.), 97–111.
- Wood, Stewart, 2001: "Labour Market Regimes under Threat? Sources of Continuity in Germany, Britain, and Sweden," in: Paul Pierson (Hg.) *The New Politics of the Welfare State*. Oxford: Oxford University Press, 368–409.